

# Josef Schüßlburner

## Sozialismusbewältigung

### 3. Teil : Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie

Im Zusammenhang mit dem 150. Gründungstag der - so zumindest die nachträgliche Geschichtskonstruktion - als *Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein* (ADAV) ins Leben gerufenen *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD), der am 23. Mai 2013 gefeiert wurde, ist insbesondere in den von Anhängern dieser Partei wesentlich beeinflussten Medien das Selbstverständnis dieser Partei zelebriert worden: Es handelt sich danach bei der SPD um die „eigentliche demokratische“ Partei Deutschlands, die bei nahtloser Kontinuität mehrere Systemwechsel überstanden und wegen ihres Eintretens für Demokratie und Freiheit insbesondere unter *Bismarck* und *Hitler*, aber auch unter *Ulbricht*, Diskriminierung und Verfolgung erlitten hat. Der bis auf *Martin Luther*, wenn nicht gar auf *Arminius* zurückgehende Irrweg der deutschen Geschichte, der über *Friedrich den Großen* und den preußischen Militarismus und *Bismarck* zu *Hitler* führen „mußte“, wäre in seiner letzten Konsequenz vermieden worden, wenn sich die SPD zumindest nach ihrer Gründung durchgesetzt hätte, stand sie ja schließlich in Opposition zu Militarismus, *Bismarck* und *Hitler*. Diesem Selbstverständnis soll angesichts der Komplexität geschichtlicher Phänomene eine Berechtigung nicht völlig abgesprochen werden. In der Tat kann festgehalten werden, daß die SPD nach Umbenennung von der seit 1875 geführten Bezeichnung *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands* ab 1890 zur *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* sich als einzige der deutschen Parteien des Kaiserreichs schon mit ihrer Namensbezeichnung ausdrücklich als „demokratisch“ definierte. Da Demokratie die Befreiung, wenn nicht gar Erlösung von dem deutschen „Katastrophenweg nach Auschwitz“ darstellt, steht demnach „SPD“ gegen den Irrweg der (jüngsten) deutschen Geschichte.

#### SPD als Demokratiehindernis

Mit diesem Selbstverständnis wird jedoch nur ein Teil einer komplexen historischen Entwicklung abgebildet. Die Gegenthese zu derartigem gewissermaßen demokratieheldenhaften Selbstverständnis der SPD sei wie folgt formuliert: Die Sozialdemokratie ist gerade aufgrund ihres „eigentümlichen“ Demokratie- und Freiheitsverständnisses (*Susanne Miller*) der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland des 19. Jahrhunderts eher entgegengestanden. Die insbesondere gegen den Liberalismus gerichtete Gründung des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) durch *Ferdinand Lassalle* (1825-1864), „seinem ganzen Wesen nach ... ein revolutionärer Diktator“ (*Gilg*), hat den seinerzeit durchaus erfolversprechenden deutschen Liberalismus als notwendiges Gegenstück zum traditionellen monarchistischen Konservativismus entschieden geschwächt. Genau diese Möglichkeit der Schwächung des Liberalismus durch den Sozialismus hat *Bismarck* zur Stabilisierung des sog. Obrigkeitsstaates zum Anhänger des demokratischen Wahlrechts gemacht. Wahrscheinlich liegt das Glück von Großbritannien im Vergleich zu Deutschland gerade darin begründet (falls man den Unterscheid zwischen der konstitutionellen und der parlamentarischen Monarchie wirklich so entscheidend halten sollte), daß dort die Sozialdemokratie als *Labour Party* erst 1893 / 1900 gegründet wurde und erst danach den Liberalismus verdrängen konnte als ein parlamentarisches Regime auf der Grundlage eines gegenüber dem Deutschen Reich bei weitem weniger demokratischen Wahlrechts schon fest etabliert war.

Die von der SPD propagierte Demokratie hatte überwiegend einen instrumentalen Charakter zur Durchsetzung einer unklaren sozialistischen Gesellschaftskonzeption, die mit dem marxistischen Stichwort „Diktatur des Proletariats“ verbunden war. Diese war zwar nie ausdrücklicher Programmpunkt der SPD, gehörte jedoch zu den Punkten, die nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts als mehr geheime Agenda zur Begründung eines Parteiverbots aufgedeckt werden mußten. Zwar bemühte sich der langjährige marxistische Chefideologe der SPD, *Karl Kautsky* (1854-1938), darzulegen, daß mit „Diktatur des Proletariats“ die parlamentarische Demokratie mit SPD-Mehrheit gemeint sein soll. Einigermaßen demokratisch konsequent - sieht man neben anderen etwa davon ab, daß für ihn das „Proletariat“ und nicht das Volk der Volksherrschaft maßgebender Bezugspunkt war - war *Kautskys* Argumentation jedoch nur bis zur Phase der sozialdemokratischen Machtübernahme, die durch Einführung der parlamentarischen Demokratie, d.h. der Wahl der Regierung durch das Parlament anstelle der Ernennung durch den Monarchen, erleichtert werden sollte. Was aber nach der Machtübernahme angesichts des Dogmas der Unvermeidbarkeit der sozialen Revolution entsprechend der marxistischen Lehre und der utopischen Konzeption des Parteiführer *August Bebel* (1840-1913) - „Das Irreale dieser Konstruktion ist grotesk“ (so *Gilg* zur Konzeption von *Bebel*) - eintreten sollte, konnte nur die größten Befürchtungen gerade bei den politischen Gegnern wie den Linksliberalen hervorrufen, welche die Sozialdemokratie als Bündnispartner gebraucht hätte, um eine Parlamentarisierung des Deutschen Reichs zu erreichen. Bemerkenswert ist etwa, daß *Kautsky* den gegnerischen Vorwurf, die angestrebte sozialistische Gesellschaft würde die Freiheit gerade auch des Arbeiters vernichten, nicht etwa zurückwies, daß diese Furcht unbegründet sei, sondern er operierte mit der Behauptung, daß diese Freiheitsbeschränkung nicht als solche empfunden werden würde. Praktisch trat die klassische SPD durchaus für Individualrechte ein, etwa auch zugunsten der Katholiken im sogenannten Kulturkampf. Allerdings war den Zeitgenossen durchaus bewußt, daß auch die zur demokratisch legitimierten Unterdrückung bereiten radikalen Anhänger der Französischen Revolution zugestanden hatten, daß etwa die Pressefreiheit gegenüber und im *ancien régime* gefordert werden mußte, diese Freiheit aber unter der „Herrschaft des Volks“ eine ganz andere Form bekommen müsse, nämlich diejenige, sich der Meinung des Volks anzuschließen. Bei *Lassalle* hatten die nachhaltig geforderten Menschenrechte nur taktische Bedeutung, wie man daran erkennen kann, daß derartige Grundrechte nach seiner Auffassung nach Eintritt des Sozialismus gegenstandslos werden würden!

Die 1891 veröffentlichte Darlegung einer negativen Utopie durch den Fraktionsvorsitzenden der Linksliberalen des Deutschen Reichstags, *Eugen Richter* (1838-1906), unter dem Titel *Sozialdemokratische Zukunftsbilder. Frei nach Bebel* macht überzeugend deutlich, was die Regierungsübernahme der klassischen Sozialdemokratie aller Wahrscheinlichkeit bedeutet hätte: Die Errichtung einer „Deutschen Demokratischen Republik“ auf Reichsebene! Was sich als DDR auf einem beschränkten Gebiet ab 1945 verwirklichen sollte, ist im Werk von *Richter* aufgrund der Prämissen zeitgenössischer sozialdemokratischer Lehren und politischer Sehnsüchte luzide vorausgesagt: Den Grenzposten, die zur Abgrenzung von den blauen Uniformen des Obrigkeitsstaates braune tragen, wird im Zuge der Entwicklung bei Umsetzung der erwarteten sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik schließlich aufgetragen, von der Schußwaffe gegen die von den sozialistischen Arbeitsnormen Flüchtenden, die in die Schweiz entkommen wollten, Gebrauch zu machen.

Angesichts der Gefahr eines „allgemeinen sozialistischen Zuchthauses“ (so die Formulierung von Reichskanzler *Bismarck*) bei einer Machtübernahme der SPD aufgrund der Parlamentarisierung mit Frauenstimmrecht, erschien dann die monarchische Regierung des deutschen Obrigkeitsstaates als die bessere Lösung, ähnlich wie sich bei rückwirkender

Betrachtung die Unzulänglichkeiten des Zarismus in Rußland angesichts des nachfolgendes bolschewistischen Regimes als geradezu harmlos ausnehmen sollten. Es ist unbestreitbar, daß aus der klassischen Sozialdemokratie und der mit ihr einhergehenden Ideenströmung der bewältigungsbedürftige Kommunismus mit seinen politisch motivierten Megatötungen des 20. Jahrhunderts hervorgegangen ist. Alle politischen Führer, die das kaiserliche Deutschland und danach die Weimarer Republik in eine „demokratische“ Rätediktatur umwandeln wollten, sind aus der SPD und nicht aus der Nationalliberalen Partei, der Deutschkonservativen Partei oder der Deutschen Reichspartei oder gar dem Zentrum hervorgegangen: *Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ruth Fischer, Heinz Neumann* und *Ernst Thälmann*, um nur die Bekanntesten zu nennen. Desgleichen sind die maßgeblichen Personen, die tatsächlich die Diktatur der sich der „Demokratie“ verpflichteten „Deutschen Demokratischen Republik“ errichtet haben, aus der SPD hervorgegangen, d.h. sie sind dort sozialisiert worden und haben dabei ihre Ideen gewonnen: *Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck* und *Otto Grotewohl*. Im internationalen Rahmen lauten die bekanntesten Namen, die für Totalitarismus und Diktatur stehen und aus der jeweiligen sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sind, die sich an der SPD als Mutter der (mittel- und ost-) europäischen Sozialdemokratie ausgerichtet hatten: *Wladimir Iljitsch Lenin, Josef Stalin, Boleslaw Bierut, Georgi Dimitroff, Bela Kun, Josef Pilsudski, Matyas Rakosi* und schließlich auch *Benito Mussolini*. Allein diese wohl kaum bestreitbaren oder relativierbaren Tatsachen sollten dem Versuch entgegenstehen, eine einseitige Heldengeschichte der Sozialdemokratie mit ihren Gegnern als Demokratieschurken zu präsentieren.

### **Sozialdemokratische Wurzeln des Nationalsozialismus**

Allerdings scheint der Kommunismus und seine Verbindung zur Sozialdemokratie trotz der schmerzhaften Erfahrung mit der DDR, die mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl der Befürchtung eines „allgemeinen sozialistischen Zuchthauses“ architektonisch Ausdruck verlieh, in der Bundesrepublik Deutschland, wo ehemalige Pol Pot-Anhänger und Ex-Maoisten als edle 68er mittlerweile wesentlich die Zivilreligion bestimmen, nicht bewältigungsbedürftig. Zu bewältigen ist da nur ein Phänomen, nämlich der singuläre, d.h. ja nicht mit dem gutgemeinten Kommunismus zu „relativierende“ Nationalsozialismus, in den ja der auf *Arminius* (wohl der erste Nazi) zurückgehende Irrweg der deutschen Geschichte gemündet ist. Mit diesem Nationalsozialismus hätten danach nur der Konservatismus und der Nationalliberalismus und irgendwie wohl auch die christdemokratische Mitte als politischer Klerikalismus etwas zu tun. Deshalb macht der politischen Linken insbesondere der Bundesrepublik Deutschland „Bewältigung“ so viel Spaß, gewinnt sie damit doch die moralische Vorrangstellung gegenüber konkurrierenden politischen Strömungen.

Der sich eigentlich aufdrängenden Frage, ob der Nationalsozialismus, der sich ja vielleicht nicht zufällig so genannt hat, mit dem Sozialismus wirklich nichts zu tun habe, wird von der sozialdemokratischen Seite wie folgt vorgebeugt: „Für die SPD gehören auch die Meinungen, 'die nicht davor zurückschrecken, den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken' zur Grauzone demokratiebedrohender Mentalitäten“ (*Hubo*). Man wird also Anti-Demokrat und „Verfassungsfeind“ im geheimdienstlichen, bundesdeutsch-ideologischen Sinne, wenn man eine bestimmte These formuliert, nämlich: Das Phänomen Nationalsozialismus ist ohne Sozialismus nicht zu verstehen. Alle Elemente, die dem Nationalsozialismus völlig zu recht vorgeworfen werden müssen, sind der traditionellen sozialistischen Ideenströmung, die sich organisatorisch als „Sozialdemokratie“ verfestigt hatte, entnommen und können dabei in der spezifischen Weise kaum, zumindest bei weitem weniger auf liberale, konservative oder christdemokratische Vorbilder zurückgeführt werden.

Damit sind gemeint die Kriegswirtschaftskonzeption, die demokratisch vermittelte Führerdiktatur, die sozialistische Kriegsbereitschaft als Kehrseite der Revolutionsbereitschaft, die rassenhygienische Menschenveredelung von Staatswegen (Sozialdarwinismus) und der spezifische Antisemitismus.

### **Kriegswirtschaft als Sozialismusmodell**

Unmittelbarer Anknüpfungspunkt des Nationalsozialismus an sozialdemokratische Vorstellungen ist der „Kriegssozialismus“ gewesen, die Vorstellung, daß die diktatorische Wirtschaftsregulierung zur Zeit des Ersten Weltkriegs den entscheidenden, geschichtsnotwendigen Schritt zum Sozialismus als System eines den Kapitalismus überwindenden staatlichen Wirtschaftssystems darstellt. Während alle nicht-sozialistischen Parteien diese wirtschaftsregulierenden Maßnahmen des Weltkriegs so schnell wie möglich beseitigen wollten, mußten sie nach der etatistischen Konzeption der Sozialdemokratie ausgebaut werden: „Was der Militarismus gelehrt hat, das muß der Sozialismus vollbringen!“ (so der Austromarxist und Sozialdemokrat *Otto Neurath*).

Hier rächte sich, daß die SPD keine konkreten sozialistischen Wirtschaftskonzepte entwickelt hatte, so daß sich die - allerdings mit Diktatur oder zumindest diktatorischen Ermächtigungen einhergehende - Kriegswirtschaft wie von selbst als sozialistisches Wirtschaftsmodell anbot, so wie für *Lenin* die Deutsche Reichspost zum Orientierungspunkt seiner Staatswirtschaftskonzeption werden sollte. Ideologisch wurde dieses kriegswirtschaftliche Modell noch dadurch erhöht, indem der Erste Weltkrieg als Eintritt der von den Klassikern vorausgesagten Revolution interpretiert wurde. Diese Auffassung wurde von SPD-Leuten wie dem linksstehenden Reichstagsabgeordneten *Paul Lensch* und Professor *Johann Plenge*, Doktorvater des ersten bundesdeutschen SPD-Vorsitzenden *Kurt Schumacher*, propagiert. Um Revolutions- und Kriegsvorstellung kompatibel zu machen, mußte - was auch zur Erklärung des Verhältnisses von Klassenkampf und internationaler Politik naheliegend war - die Arbeiterklasse als Agens des Fortschritts ersetzt werden durch die (fortschrittliche) Nation. Deren Kern blieb jedoch konzeptionell der Arbeiter, weshalb sich der Nationalsozialismus schon aus Gründen der Abgrenzung von der (traditionellen) deutschen Rechten als „Arbeiterpartei“ verstand. Die Vorstellung des Weltkriegs als sozialistischer Revolution (der proletarischen gegen die kapitalistischen Nationen) wurde unmittelbar vom „nationalen Sozialisten“ und „deutschen Kommunisten“ (Selbsteinstufung) *Joseph Goebbels* aufgegriffen: Die NSDAP würde nach ihm die Fahne des deutschen Sozialismus von 1914 aufgreifen, welche die Sozialdemokratie 1918 aus der Hand gegeben habe.

### **Sozialistische Führerdiktatur**

Die SPD hatte diese „Fahne des Sozialismus“ 1918 / 19 deshalb in diesem Sinne „aus der Hand gegeben“, weil ihr unter dem Eindruck der gerade ausgebrochenen russischen Revolution in ihrer Mehrheit bewußt geworden war - theoretisch vorbereitet durch den (im Rahmen der SPD sicherlich guten) Rechtsrevisionismus von *Eduard Bernstein*, der allerdings auf SPD-Parteitage immer massiv zurückgewiesen worden war - was Sozialismus wirklich bedeutet, wenn er konsequent im Sinne der Klassiker umgesetzt würde: Staatlicher Terror! Dementsprechend war Sozialismus nur durch Diktatur zu verwirklichen und „Diktatur des Proletariats“ stellte dann doch keine Umschreibung für die parlamentarische Demokratie mit SPD-Mehrheit dar, sondern war im Sinne von *Marx* und *Engels* wörtlich zu nehmen. Wovor aber dann die SPD zurückgeschreckt ist (was ihr ideologisch gerade von ihren überzeugtesten

- ehemaligen - Anhängern als „Verrat“ vorgeworfen werden konnte), sollte dann von konkurrierenden Strömungen aufgegriffen werden. Neben dem Kommunismus, der sich zur Abgrenzung von der Mutterpartei Sozialdemokratie ausdrücklich (wieder) so bezeichnete, fand sich dann der Nationalsozialismus. Während der Kommunismus an die SPD-Parteiideologen *Marx* und *Engels* anknüpfte, steht der Nationalsozialismus mehr in der Tradition von *Lassalle* und ähnlichen Strömungen des traditionellen Sozialismus. Diese Tradition war von der SPD überwiegend verdrängt worden, wirkte aber nach etwa in der Kriegsbegeisterung, welche große Teile der SPD-Anhänger der vorausgegangenen Pazifismus-Propaganda zuwider 1914 erfaßte und zur Wiederannäherung von Nationalismus und Sozialismus als „August-Erlebnis“ führen sollte. Parteiamtlich erfolgte die Bezugnahme auf *Lassalle*, der vorher lediglich als Epigone von *Marx* angesehen wurde, erst wieder im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm von 1959, um damit die Aufgabe des totalitären Marxismus als verbindlicher Parteidoktrin deutlich zu machen.

Die wesentliche gegen den Liberalismus gerichtete Stoßrichtung der Lehre von *Lassalle* zeigt sich in der kollektivistischen Wendung des Freiheitsgedankens, indem er die Freiheit auf das Kollektiv Volk bezog, gleichzeitig dem Individuum für die Nachrevolutionszeit aber Rechte absprach. Wäre der Sozialismus erreicht, dessen Ziel die Aufhebung der entfremdenden Besonderheiten darstelle, würde sich das Anliegen des Liberalismus als bloß theoretisches darstellen. Unter Demokratie verstand *Lassalle* dementsprechend die Verwirklichung der Freiheit durch ein die Trennung von Staat und Gesellschaft aufhebendes System, in dem die individuellen Partikularismen verschwinden, so daß jeder mit jedem übereinstimmt und somit frei ist, wodurch Grundrechte überflüssig würden. *Lassalle* nahm damit den zentralen Glaubenssatz des Faschismus vorweg, wonach Fortschritt Organisation bedeutet, mit der die Individualrechte zunehmend ihre Bedeutung verlieren würden und im politischen Führertum „aufgehoben“ wären.

Hauptzweck der Demokratie, für die *Lassalle* nachhaltig mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts eintrat, war es, einen Führer als „großen Mann“ an die Macht zu bringen, der durch die „Diktatur der Einsicht“ „nicht durch die Krankheit des individuellen Meinens und Nörgelns die große gewaltige Übergangsarbeit der Gesellschaft“ bewerkstelligen würde. Im Arbeiterstand fand *Lassalle* die größte Diktaturbereitschaft, was die politische Ausrichtung auf die Arbeiter durch Gründung eines „Arbeitervereins“, d.h. einer Arbeiterpartei entsprach. Dieser (in Zweifel: seiner) Diktatur hat *Lassalle* mindestens die Machtfülle der Monarchie zgedacht, von der sie sich allerdings durch die Berufung auf den Volkswillen unterscheiden würde. Als Repräsentant einer großen geschichtlicher Entwicklung war der Diktator zur rücksichtslosesten Bekämpfung seiner politischen Gegner berechtigt: „Zwischen ihm und ihnen gibt es keine Brücke, keine gemeinsame Plattform, sondern nur den Kampf bis zur Vernichtung“ (*Ramm*). Die Liquidierung der politischen Gegner sollte durch „freie“ Revolutionstribunale nach dem Vorbild der französischen Revolution erfolgen. Die als notwendig angesehene Revolution bezeichnete *Lassalle* mitleidlos als „Schirokkowind“, als „göttlichen Atem der Geschichte und des menschlichen Fortschritts“, der „mit Recht eine ganze Welt der Existenzen als bloßen Dünger auf den Haufen seines Wachstums“ werfe.

„Mit Lassalles Demokratiebegriff zeichnen sich die Möglichkeiten ab, an denen die Demokratie im 20. Jahrhundert scheiterte. Der Nationalsozialismus benutzte die Demokratie der Weimarer Republik zu eben den gleichen Zwecken, wie sie *Lassalle* seiner Demokratievorstellung unterschob. Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen oder als List der Vernunft, daß der Lassallesche Demokratiebegriff in der deutschen Sozialdemokratie als Hinwendung zum Staat interpretiert wurde, daß die Sozialdemokratie auf Grund eben dieser Haltung die totalitäre Tendenz des ursprünglichen Lassalleschen Begriffs - in der

nationalsozialistischen Ideologie - bekämpfte“ (*Ebeling*). Dementsprechend ist das Verhältnis von SPD und NSDAP als ein innersozialistisch-häretisches einzustufen. Mit ihrer Lassallschen Vergangenheit konnte die SPD nach 1933 die NS-KZs für politische Gegner kaum überzeugend kritisieren.

### **Sozialistischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg**

Für *Lassalle* stellte sich das Problem, daß die Arbeiterschaft nur in einigen fortschrittlichen Staaten die Demokratie, d.h. die sozialistische (Übergangs-)Diktatur errichten würde und sich dabei das Problem der internationalen Verteidigung und Durchsetzung des Fortschritts gegenüber reaktionären Staaten und Völkern ergab. Dies erforderte dann einen starken Staat zum Schutz gegen fremde Angriffe und zur Durchführung von fortschrittlichen Eroberungskriegen. Diese Prämissen führten dann notwendiger Weise zur Annahme eines Eroberungs- und Assimilationsrechts der fortschrittlichen Staaten, das bei Angehörigen „verschiedener Rasse das Aussterben“ in Kauf zu nehmen bereit war. Sozialismus kann sich demnach weltweit nur durch die Vorherrschaft einer fortschrittlichen Nation verwirklichen. Zur Ausübung dieser den Sozialismus verwirklichenden Weltherrschaft hielt *Lassalle* die Deutschen deshalb für besonders geeignet, weil die deutsche Kultur am meisten im Geistigen wurzeln und ihr die spezifischen nationalen Charakteristika fehlen würden. Sozialismus legt danach eine deutsche Weltherrschaft nahe, wobei sich *Lassalle* vorstellte, daß schon zu seinen Lebzeiten deutsche Arbeiterregimenter am Bosphorus stehen würden, um das „türkische Erbe“ anzutreten.

Die Vorstellung des sozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskriegs zugunsten der Deutschen findet sich auch bei *Friedrich Engels*, dem der SPD-Vorsitzende *Willy Brandt* zugestand, „ein großer Deutscher“ zu sein. *Engels* rief zum Vernichtungskrieg gegen die Slaven auf und äußerte sich auch anderweitige „exterminatorisch“ wie etwa: „Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt“. Seine Befürwortung des „entschiedenen Terrorismus gegen diese slawischen Völker“ bereitete sogar der Sowjetorthodoxie Probleme und relativierte - was beim Internationalsozialismus auch bundesdeutsch gestattet ist - dies damit hinweg, daß sich die Erforschung der nationalen Frage noch im Anfangsstadium befunden habe: „Man kann die Forderung nach Ausrottung von „Völkerabfällen“ (so ein anderer exterminatorischer Ausdruck von *Engels*, *Anm.*) nicht damit bagatellisieren, daß man behauptet, damals habe sich die marxistische Forschung der nationalen Frage noch im Anfangsstadium befunden“ (so zu Recht *Wette*). Vielleicht ist aber die NS-Kriegsführung im slawischen Bereich damit zu erklären, daß die SPD ihre Theoretiker nie richtig bewältigt hatte, was durch wohlfeile Pazifismus-Bekennnisse auch nicht erfolgt ist.

### **„Eine pangermanische Sozialdemokratie“**

Konzeptionell ist die Vorstellung eines den Menschheitsfortschritt fördernden sozialistischen Völkerausrottungskonzepts unter dem Schlagwort einer „pangermanischen Sozialdemokratie“, also eines auf Völker germanischer Abstammung beschränkten Sozialismus, vom Wiener Schriftsteller *Josef L. Reimer* (1879-1955) in dessen Werk von 1905 über ein *Pangermanisches Deutschland* weiter ausgeführt worden. Mit *Peter E. Becker* muß dabei die Frage gestellt werden, ob dieser *Reimer* etwa der Mann ist, „der Hitler die Ideen gegeben hat“. Für diese Rolle *Reimers* spricht vor allem die Tatsache, daß *Hitler*, wie

jüngst die Studie von *Reuth* hinreichend belegt, wie *Reimer* selbst, einst dem Sympathisantenkreis der SPD zuzurechnen war. Dies kann man von *Lanz-Liebenfels* nicht sagen, dem der Linkskatholik *Wilfried Daim* die Rolle des Ideengebers zuschrieb, wengleich zutrifft, daß die NS-Symbolik, insbesondere das Hakenkreuz auf derartige esoterische Zirkel zurückführt. Allerdings überwog bei den sogenannten „Braunen“ im propagandistischen Erscheinungsbild dann doch das sozialistische Rot! Gerne wurden dabei auch sozialdemokratischer Lieder wie „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ in das NS-Liedgut aufgenommen, wenn auch mit einer bezeichnenden Strophe ergänzt: „Brecht das Joch der Tyrannen, die uns so grausam gequält! Schwenket die Hakenkreuzfahne über dem Arbeiterstaat!“ Das Konzept der „Arbeiterpartei“ war demnach ernst gemeint!

*Reimer* schlug für die von Deutschland bis Sibirien zu erobernden Gebiete eine Trennung von Germanen und Agermanen vor, die durch Kommissionen „aus Anthropologen, Züchtern, Künstlern und Ärzten“ identifiziert werden sollten. Die germanischen Bevölkerungsteile sollten durch Maßnahmen der internationalistischen Entnationalisierung zu „Pangermanen“ gemacht werden, um so die germanische Rassenbasis im Interesse des Menschheitsfortschritts zu verbreitern. Für die Agermanen wäre bei Ausschluß aus der germanischen Heiratsgemeinschaft - „*extra connubium*“ - ein Fortpflanzungsverbot (*extirpatio*) festzulegen: „Es wäre entschieden am einfachsten, wenn auf reichsterritorialem Boden der Vermehrung (Expansion) der Germanen ein Erlöschen (Extinktion) der Agermanen gegenüberstünde“ (*Reimer*).

Seine Ausführungen betrachtete *Reimer* als einen Beitrag im Revisionismusstreit der Sozialdemokratie. Dieser Streit ergab sich nicht nur aus der Verfehltheit der für die SPD maßgebend gewordenen marxistischen Doktrin, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung des Kaiserreichs empirisch widerlegt war. Ein wesentlicher Aspekt dieser Krise war die Erkenntnis, daß sich der Marxismus doch nicht mit dem vor allem von *Edward B. Aveling*, dem Schwiegersohn von *Karl Marx*, unter Sozialisten popularisierten Darwinismus vereinbaren ließ. Die dadurch bewirkte theoretische Krise ist deshalb bedeutsam, weil die Kombination von Darwinismus und Marxismus letzteren erst zu einer für die Anhängerschaft verständlichen Lehre gemacht hatte. Im Konfliktfall sprachen dann allerdings die besseren Argumente für den Darwinismus und damit - wollte man diesen Darwinismus weiterhin als theoretisches Argument zugunsten des Sozialismus verwenden - für die Plausibilität einer rassentheoretischen und damit naturwissenschaftlich erscheinenden Begründung des Sozialismus. Daß der Rassismus in diesem theoretischen Zusammenhang alles andere als fern liegend war, konnte man schon der Einordnung des Negerskeletts auf der Skala zwischen „Kaukasier“ und Gorilla im maßgeblichen Werk von *Aveling* ersehen. *Reimer* meinte, daß der Klassenkampf lediglich ein sekundäres Phänomen sei, das sich aus der falschen Verteilung der Produktionsfaktoren ergebe, entscheidend wäre aber der der progressiven Entwicklung zugrunde liegende technische Fortschritt, der dem germanischen Genie entstamme und damit rassische Grundlagen habe. Diesem Genie gelte es durch den Sozialismus und den durch ihn möglichen rassenpolitischen Maßnahmen zum Durchbruch zu verhelfen.

### **Sozialdemokratischer Sozialdarwinismus**

*Reimer* war ein Schüler des Arztes *Ludwig Woltmann* (1871-1907). Von diesem einst aktiven Sozialdemokraten, der maßgeblich den „Revisionismus“ (Reformismus) seines damaligen Freundes *Eduard Bernstein* beeinflusst hatte, stammt mit seinem 1899 erschienenen Buch der plausibelste Versuch, den Marxismus mit dem Darwinismus zu vereinigen, also die biologische und soziale Evolution theoretisch zu verbinden. Diese Synthese konnte jedoch nur

bei einem Theorieansatz gelingen, der den anschließenden Übergang zur Rassenlehre fast unvermeidlich machte. *Woltmann* sollte deshalb seine Mitgliedschaft bei der SPD wegen des „widernatürlichen Wahns des Internationalismus“ beenden, der aus seiner Sicht dem Darwinismus widersprach: Dieser würde die Annahme nahelegen, daß nur aus einer selektiven Entwicklung einer progressiven Menschenrasse eine höhere Art hervorgehen könne, die dann den Sozialismus als höhere Stufe der Menschheitsentwicklung verwirklicht. *Woltmann* sah dabei „in den modernen Klassenkämpfen das Ringen der im Arbeiterstand vorhandenen germanischen Schichten nach Selbständigkeit und Freiheit“. Diese Bestrebungen könnten jedoch nur erfolgreich sein bei „Entmischung“ der europäischen Rassen durch künstliche Rückzüchtung, um damit die progressiven germanischen Rassenkerne im Interesse des Menschheitsfortschritts zur Entfaltung zu bringen (s. dazu das 1903 erschienene Buch).

Dieser Komplex führt zu einem Bereich, bei dem die sozialdemokratische Verdrängungspolitik am erfolgreichsten war: Die Eugenik, die staatliche Menschenverbesserung durch direkte biologische Eingriffe, war etwa im Zeitraum von 1900, als der Darwinismus als Variante des Marxismus popularisiert wurde, bis in die 1930er Jahre ein wesentlicher, wenn nicht gar der zentrale politische Agendapunkt (s. dazu ausführlich *Schwartz* und ergänzend *Byer*). Man kann dies daran erkennen, daß die Sopade (Exil-SPD) an der Erbgesundheitspolitik der NS-Regierung zu kritisieren fand, daß sie nicht konsequent genug sei, weil sie „asoziale Großfamilien“ begünstigen würde, während an den Eheverboten „gegen Minderwertige“ nicht auszusetzen wäre. Dieser Ideenkomplex war von der zentralen Erwägung getragen, daß im (angehenden) Sozialismus der Staat die Selektionsmechanismen übernehmen müsse, die *Darwin* als natürliche Vorgänge beschrieben hatte. Ansonsten drohten gerade die geforderten sozialpolitischen Maßnahmen in eine Degeneration der menschlichen Rasse überzuleiten. Die sozialdemokratische Argumentationsweise kann dabei wie folgt zusammengefaßt werden: Der von Menschen herbeigeführte, nicht mehr als naturwüchsig anzusehende industrielle Fortschritt vermindere die Wirkung der natürlichen Selektionsmechanismen. Deshalb müsse der Staat bei der natürlichen Zuchtwahl tätig werden (SPD-Chefideologe *Kautsky*), um die „minderwertigen Individuen durch Maßnahmen der Geburtenprävention an der Erzeugung von unerwünschten Nachkommen zu hindern (SPD-Chefeugeniker *Alfred Grotjahn*). Im Sozialismus werde es dann leicht sein, durch staatliche Maßnahmen Rassenhygiene zu betreiben (*Karl Pearson*), dabei sei diese gerade im Sozialismus erforderlich, weil durch den Ausbau der Sozialfürsorge die Rassendegeneration eher beschleunigt würde (*Eden Paul*). Nur eine „eugenische Religion“ könne dann die Zivilisation noch retten, ja die „Sozialisierung der selektiven Zuchtwahl“ sei dann der einzig „grundlegende und mögliche Sozialismus“ (*G. B. Shaw*). Dieser würde nicht nur den „neuen Menschen“ schaffen, sondern Eugenik als „sozialistisches Kampfmittel“ müsse den sozialismusfähigen Menschen erst herbeiselektieren, so SPD- und danach NSDAP-Eugeniker und schließlich BRD-Anthropologe *Karl Valentin Müller*. Zum Zwecke der künstlichen Befruchtung müsse das Zellplasma sozialisiert werden (*H. Brewer*), um jedem das Recht zu geben, bester Abstammung zu sein (*Julian Huxley*). Es werde dann antisozial, Eheschließungen als Privatangelegenheit anzusehen; die Zeit komme, wo die Gesellschaft die Erzeugung eines Schwächlings als Verbrechen gegen sich selbst ansehen würde (*Harald Laski*, Labour-Chefideologe).

Die von der SPD als maßgeblichen Programmpunkt vertretene Rassenhygiene stellte konzeptionell das Recht auf Leben in Frage. Dies kann an einem Meinungsbeitrag des Verbandsblattes der sozialdemokratischen Lebensreformer, der „Volksgesundheit“ Anfang 1933 - man hatte sich damals wohl politisch mit nichts anderem auseinanderzusetzen - mit Titel „Hat der Mensch ein Recht auf Fortpflanzung? Die Unfruchtbarmachung der geistig Minderwertigen“ demonstriert werden, wo es heißt: „Das Recht des Menschen auf sein Leben



ist ein bedingtes. Soweit er die naturwissenschaftlichen Bedingungen nicht erfüllt, muß er unter den Folgen seiner Fehler leiden. Die Natur kennt keine Sündenvergebung“. Schon der britische Labour-Futurologe *H.G. Wells* hatte vorausgesehen, daß in der (sozialistischen) Zukunftsgesellschaft das Recht Unheilbarer und Alkoholiker nur unter dem Vorbehalt toleriert würde, daß sie sich nicht vorpflanzten, weil andernfalls diese Gesellschaft nicht vor Tötung zurückschrecken könnte. Wohl noch für das vorliegende bürgerliche Zeitalter wurde neben der Zwangsabtreibung „von Amts wegen bei Idioten, um den biologischen Abfall jeder Generation auf ein Mindestmaß zu reduzieren“, die Euthanasie befürwortet von der entschiedenen SPD-Sozialhygienikerin *Oda Olberg* (1872-1955). Beim maßgeblichen SPÖ-Sozialmediziner der Zwischenkriegszeit, *Julius Tandler* (1869-1936), kommt diese Überlegung wie folgt zum Ausdruck: „Welchen Aufwand übrigens die Staaten für vollkommen lebensunwertes Leben leisten müssen, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, daß die 30 000 Vollidioten Deutschlands diesem Staat 2 Milliarden Friedensmark kosten. Bei der Kenntnis solcher Zahlen gewinnt das Problem der Vernichtung lebensunwerten Lebens im Interesse der Erhaltung lebenswerten Lebens an Aktualität und Bedeutung. Gewiß, es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch die Idee, daß man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewußtsein dringen. Denn heute vernichten wir vielfach lebenswertes Leben um lebensunwertes zu erhalten.“

Die Tatsache, daß die Sterilisationen nach *Hitlers* Machtübernahme so rasch anliefen, hing mit den gesetzgeberischen Vorbereitungen und den breiten Überzeugungen in der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit durch die Sozialdemokratie zusammen. Mit dem Entwurf des Preußischen Landesgesundheitsrates für ein Sterilisationsgesetz von 1932 war nämlich der Weg für das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (*Weingart*), als dessen ideologischer Urheber SPD-Chefeugeniker *Alfred Grotjahn* (1869-1931) ausgemacht werden kann. Der sozialdemokratische Zusammenhang wird auch unter Bezug auf das seit 1933 von der Sozialdemokratie regierte Schweden deutlich, wo aufgrund entsprechender 1934 und 1941 (man beachte die Jahreszahlen!) erfolgter Gesetzgebung die Sterilisationspolitik in Form von 62 888 Eingriffen zwischen 1935 bis 1975 umgesetzt wurde, also keine bloße Theorie blieb (s. dazu *Spektorowski*). Worauf diese sozialdemokratische Überlegungen gerichtet waren, hatte schon der SPD-Chefideologe *Kautsky* in seinem Betrag aus dem Jahr 1910 eindrucksvoll beschrieben: „Ein neues Geschlecht wird erstehen, stark und schön und lebensfreudig, wie die Helden der griechischen Heroenzeit, wie die germanischen Recken der Völkerwanderung, die wir uns als ähnliche Kraftnaturen vorstellen dürfen, wie etwa heute noch die Bewohner Montenegros.“ Der germanenhafte Zukunftsmensch stellte demnach schon irgendwie ein sozialdemokratisches Ideal dar.

## **Sozialistischer Antisemitismus**

Der Antisemitismus, um nunmehr zum zentralen Vorwurf gegen den Nationalsozialismus zu kommen, hat nur am Rande etwas damit zu tun, daß die Juden dem fortschrittlichen germanenhaften Zukunftsmenschen entgegenstehen könnten. Die Problematik des Verhältnisses von Sozialismus zum Judentum ist tiefer angelegt: Der Sozialismus hat nämlich deshalb eine zentral gegen das Judentum gerichtete Tendenz, weil das, was er revolutionär überwinden will, nämlich den Kapitalismus, von den sozialistischen Klassikern, die in dem auf den Parteiideologen *Karl Kautsky* zurückgehenden parteiamtlichen „Stammbaum des Sozialismus“ aufgeführt sind, wie letztlich durch *Karl Marx* selbst, auf das Judentum zurückgeführt wurde. *Silberner* hat die Arten des sozialistischen Antisemitismus des 19. Jahrhundert konzise zusammengefaßt: „Manche Sozialisten befürworteten besondere

antijüdischen Maßnahmen, angefangen von einem wirtschaftlichen Numerus clausus (Fourier) bis zu Entziehung der Staatsbürgerschaft (Picard). Andere waren für die Ausweisung aller Juden (Alhaiza), rechtfertigten Pogrome (Duchêne) oder riefen nach totaler Vernichtung (Dühring). Wieder andere sahen im Juden den ewigen Ausbeuter der Nichtjuden (*Toussenel*) und in der jüdischen Rasse den unversöhnlichen Feind der arischen (*Tridon, Regnard*) und ließen keinen Zweifel daran bestehen, daß sie antijüdische Maßnahmen wünschten, ohne sie aber ausdrücklich zu formulieren.“ Dementsprechend galt der Antisemitismus in der Sozialdemokratie als „revolutionäres Ferment“ und erst im Streit um *Eugen Dühring*, den radikalsten sozialistischen Antisemiten Deutschlands, wurde der Anti-Antisemitismus sozialdemokratischer Programmpunkt. Trotzdem mußte Parteiführer *August Bebel* einräumen, daß der Antisemitismus der „Sozialismus des dummen Kerls“ sei, also nicht dessen Nationalismus, Konservatismus oder gar Liberalismus und „dumm“ deshalb, weil der Kerl nicht verstand, daß es nicht gegen den individuellen Juden gehen konnte, der doch auch unter dem Kapitalismus leide, sondern dieser insgesamt zu überwinden wäre. Trotzdem blieb es gewissermaßen orthodoxe Lehre der Sozialdemokratie, wie dem einschlägigen Buch des Chefideologen *Karl Kautsky* zu entnehmen ist, daß das Judentum mit dem Ende des Kapitalismus, also mit der Ankunft des Sozialismus verschwinden würde, wobei dies, wie *Kautsky* 1914 beteuerte, „keineswegs einen tragischen Prozeß, wie etwa das Aussterben der Indianer oder Tasmanier“ darstellen würde. Aber: „Je eher es (das Judentum) verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst.“ Diese Haltung entspricht im übrigen derjenigen des nach dem Ehepaar *Webb* drittichtigsten Theoretiker des britischen Sozialismus, *George Wells*, der in seinem grundlegenden Werk von 1902 den Antisemitismus zwar als vulgäres Vorurteil bezeichnet hat, gleichzeitig aber darauf bestand, daß „der Jude“ seine Identität durch Vermischung und Aufgabe des Schachers bei Ankunft des Sozialismus aufgebe, so daß er innerhalb von etwa einem Jahrhundert aufhören würde, ein „physisch unterscheidbares Element in menschlichen Angelegenheiten“ zu sein.

Weder *Wells* noch *Kautsky* stellte sich allerdings die Frage, was dann passieren müßte, wenn sich die Einschätzung vom Verschwinden des Judentums mit dem Sozialismus nicht bewahrheiten sollte: Wäre dann nicht revolutionär „nachzuhelfen“, damit sich dann all das Schöne und Gute verwirklicht, wofür Sozialismus steht? Und könnte man dies nicht dadurch erreichen, daß man die Problematik des Judentums, die - so zumindest die Annahme von einigen der klassischen Sozialisten - rassenbedingt Träger des Kapitalismus wären, direkt angeht, um den Advent des Sozialismus zu sichern? Immerhin meinte *Wells* hinsichtlich des Personenkreises, welcher der Effizienz der sozialistischen Zukunftsgesellschaft entgegensteht: „for the rest, those swarms of black, and brown, and dirty-white, and yellow people, who do not come into the new needs of efficiency? Well, the world is a world, not a charitable institution, and I take it they will have to go. The whole tenor and meaning of the world, as I see it, is that they will have to go. So far as they fail to develop sane, vigorous, and distinctive personalities for the great world of the future, it is their portion to die out and disappear.“ Der Nationalsozialismus sollte da eine eindeutige Antwort geben! Auch hier bereitete die sozialistische Tradition Probleme, einen entschiedenen Protest gegen den NS-Antisemitismus ausdrücken zu können! Insbesondere wenn sich dieser Antisemitismus, wie derjenige von *Goebbels*, sozialistisch legitimierte: „Wenn ich sozialistisch denke, muß ich Antisemit sein. Denn der Jude ist die Inkarnation des Kapitalismus.“

### **Die Sozialdemokratie als Teil des Bewältigungsproblems**

Das Aufzeigen ideologischer Übergänge bedeuten selbstverständlich keine Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Nationalsozialismus (oder mit dem Kommunismus) und dies

ungeachtet dessen, daß umgekehrt Sozialisten kaum Probleme haben, etwa den Konservatismus als so etwas wie „Nationalsozialismus ohne Völkermord“ zu kennzeichnen. Die vorstehenden Ausführungen sollen lediglich aufzeigen, daß es verfehlt wäre, die Geschichte der SPD als reine Heldengeschichte darzustellen. Sollte sich die zumindest jüngste deutsche Geschichte als bewältigungsbedürftig darstellen - wie dies von Kriegsverlierern zur Anerkennung der moralischen Höherwertigkeit des Siegers, wie des Gulag-Verwalters *Stalin* anscheinend erwartet wird -, dann ist die deutsche Sozialdemokratie zentraler Teil des Bewältigungsproblems. Hinsichtlich des als bewältigungsbedürftig angesehenen Nationalsozialismus kann, um vom eigentlich noch bewältigungsbedürftigeren Kommunismus, dessen Kulaken-Vernichtung als „*first socialist genocide*“ eingeordnet wurde (s. bei *Heller / Nekrich*), einmal abzusehen, die Einschätzung eines unorthodoxen Marxisten, nämlich *Willy Huhn*, zitiert werden: „Das Phänomen des ‚Dritten Reiches‘ kann nur aus der Entwicklung der *ganzen* deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende, vor allem seit 1914, erklärt werden. Es gibt *keinen* Teil des deutschen Volkes, der im Laufe des ersten Vierteljahrhunderts *keinen* Anteil an seiner Entstehung genommen hätte und an seiner weiteren ideologischen und organisatorischen Ausbildung völlig unschuldig wäre. ... So hat es ... auch zahlreiche Sozialdemokraten gegeben, welcher nur durch ihre ‚Rasse‘ oder durch ihre sonstige Untragbarkeit für die NSDAP daran gehindert worden sind, zu Hitler überzugehen. Ebenso wenig ... kann also die deutsche Sozialdemokratie ohne weiteres von der Mitschuld an der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus freigesprochen werden, ja sie - im Hinblick auf ihren lassalleanischen und späteren ‚mehrheits-sozialdemokratischen‘ Flügel - sogar am allerwenigstens. Die deutsche Sozialdemokratie hätte also gut daran getan, nach 1945 ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch zu untersuchen, nicht nur im Hinblick auf jene politischen Fehler, welche die Machtergreifung der NSDAP erst ermöglicht haben, sondern vor allem in Bezugnahme auf jene theoretischen Positionen, welche dem Nationalsozialismus ideologisch Vorschub leisten mußten.“

Gerade bei der Betrachtung der Figur von *Ferdinand Lassalle*, der vor über 150 Jahren den *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* und damit nach derzeitigem Selbstverständnis der SPD, die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* gegründet hat, „darf (man) nicht an der Tatsache vorbeigehen, wie rasch sich Grillparzers Wort erfüllt hat, daß der Weg der deutschen Bildung von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität gehe. Der kurze Zeitraum, der zwischen Goethes Tod und Lassalles erstem öffentlichem Auftreten lag, genügte, daß ein Denker von dem geistigen Niveau eines Lassalle den politischen Terror und die Ausrottung von Völkern mit dem Humanitätsideal verbinden konnte. Lassalle blieb freilich noch auf die Theorie beschränkt, er ist insofern nur der große Vorläufer jener Weltanschauungen, die die ... Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts gestaltet haben“ (so der Biograph von *Lassalle*, der Sozialdemokrat *Thilo Ramm*, 1953) und wozu sicherlich auch der Nationalsozialismus zählt.

Der Sozialdemokratie ist daher dringend zu empfehlen, der Zusage ihres bislang letzten Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* einmal nachzukommen, nicht „der Verlockung des Vergessens und Verdrängens erliegen“ zu wollen (s. *FAZ* vom 26.01.2005). Dann würde sie wohl vorsichtiger werden, aus ihrem Programmpunkt „Bewältigung“, der ihr ersichtlich Spaß macht, einen wohlfeilen „Kampf gegen rechts“ zu machen. In welcher Kontinuität dieser nämlich einzuordnen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß *Hitler* Anfang 1945 sein absehbares Scheitern wie folgt erklärt hat (Nachweis etwa bei *Zitelmann*): „Wir haben die linken Klassenkämpfer liquidiert, aber leider haben wir dabei vergessen, auch den Schlag gegen rechts zu führen. Das ist unsere große Unterlassungssünde“. Der - bei an sich gebotener bundesdeutscher Bewertung - rechtsextreme Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 hatte *Hitler* klar gemacht, daß seine Prämisse, er habe von der politischen Rechten wegen ihrer Feigheit,

Schwäche und Energielosigkeit nichts zu befürchten, anscheinend nicht ganz zutreffend gewesen war. Der von *Hitler* vernachlässigte „Schlag gegen rechts“ wird nunmehr als „Kampf gegen rechts“ bundesdeutsch als wesentlicher Programmpunkt der Sozialdemokratie fortgeführt. Damit wird deutlich, daß nicht nur *Hitler* vom traditionellen sozialistischen Ideenvorrat profitiert hat, sondern dies nunmehr auch umgekehrt zutrifft. Dies erscheint dann aber besonders bewältigungsbedürftig, weil dieser Programmpunkt gegen den politischen Pluralismus in der Bundesrepublik Deutschland und damit gegen die Demokratie gerichtet ist. Im „Kampf gegen rechts“, der auf einen gewollten Kollateralschaden an der politischen Freiheit und am politischen Pluralismus abzielt, schimmert dann vielleicht doch noch das „eigentümliche Freiheitsverständnis“ der klassischen Sozialdemokratie durch, das auch durch „Godesberg“ nicht ganz überwunden worden zu sein scheint.

#### Literaturhinweise:

- Edward B. Aveling*, Die Darwin'sche Theorie, Stuttgart 1887  
*Peter Emil Becker*, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart 1990  
*Doris Byer*, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934, Frankfurt 1988  
*Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964  
*Peter Gilg*, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1965  
*Alfred Grotjahn*, Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung. Versuch einer praktischen Eugenik, Berlin / Wien 1926  
*Ulrich Höver*, Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, Bonn / Berlin 1992  
*Mikhail Heller / Aleksander Nekrich*, Utopia in Power. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present, New York 1986  
*Christiane Hubo*, Verfassungsschutz des Staates durch geistig-politische Auseinandersetzung, Göttingen 1998  
*Willy Huhn*, Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, mit einem Vorwort von *Clemens Nachtmann*: Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“ und biographischen Anhang von *Ralf Walter*, Freiburg 2003  
*Karl Kautsky*, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft, Stuttgart 1910  
*Karl Kautsky*, Rasse und Judentum, Stuttgart 1914  
*Susanne Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, Frankfurt 1964  
*Thilo Ramm*, Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph, Meisenheim / Wien 1952  
*Josef Ludwig Reimer*, Ein Pangermanisches Deutschland. Versuch über die Konsequenzen der gegenwärtigen wissenschaftlichen Rassenbetrachtung für unsere politischen und religiösen Probleme, Leipzig 1905  
*Ralf Georg Reuth*, Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit, München / Zürich 2009  
*Eugen Richter*, Sozialdemokratische Zukunftsbilder frei nach Bebel, Berlin 1891  
*Michael Schwartz*, Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933, Bonn 1995  
*Edmund Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage – ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin 1962  
*Alberto Spektorowski*, The Eugenic Temptation in Socialism: Sweden, Germany, and the Soviet Union, in: *Comparative Studies in Society and History*, 2004  
*Julius Tandler*, Ehe und Bevölkerungspolitik, Wien 1924  
*Peter Weingart / Jürgen Kroll / Kurt Bayertz*, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt 1988  
*George Wells*, Anticipation of the reaction of mechanical and scientific progress upon human life and thought, Leipzig, 1902  
*Wolfram Wette*, Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung, Stuttgart, 1971  
*Ludwig Woltmann*, Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der menschlichen Gesellschaft, Düsseldorf 1899  
*Ludwig Woltmann*, Politische Anthropologie. Eine Untersuchung über den Einfluß der Descendenztheorie auf die Lehre von der politischen Entwicklung der Völker, 1903  
*Rainer Zitelmann*, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1993

## Hinweis:

Der vorliegende Beitrag stellt eine Ergänzung zum Werk des Verfassers dar:

**Josef Schüßlburner, Roter, Brauner und Grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, 2008 Lichtschlag Medien und Werbung KG**

ISBN-10: 3939562254

ISBN-13: 978-3939562252

Dieses Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wieder erschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

[Bei Amazon bestellen](#)

